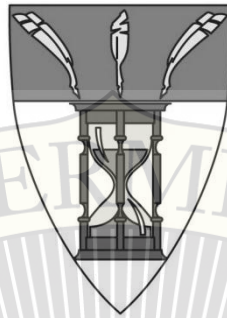


Les travaux personnels du Lycée Ermesinde Mersch



Das Europäische Parlament

Eric De Oliveira

Classe : 5CLA2

Tutrice : Zenatello Edyta

Semestre : 2

Juin 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Die wesentlichen Aufgaben und Rechte des Europäischen Parlaments
 1. Das Gesetzgebungsrecht
 2. Die Haushaltbefugnisse
 3. Die parlamentarische Kontrollrechte
 4. Die parlamentarische Zustimmung
 5. Die demokratische Legitimation
3. Das Präsidium und die Konferenz der Präsidenten
 1. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments
4. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments
5. Organisation
 1. Ausschüsse
 2. Interparlamentarische Delegationen
 3. Informelle Zusammenschlüsse
 4. Parlamentsverwaltung und Assistenten der Abgeordneten
 5. Fraktionen des Europäischen Parlaments
 1. Fraktionen im Europaparlament 2009-2014
6. Die Europawahl 2014
 1. Parteien und Kandidaten
 2. Das Wahlergebnis
7. Der Sitz und die Arbeitsorte
 1. Kritik an den Arbeitsorten
8. Die Europäische Bürgerinitiative
9. Schlussfolgerung
10. Quellen

Einleitung

Als ich im Februar auf meiner ersten Sitzung des Europäischen Jugendparlaments war, welches in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments tagte, konnte ich während drei Tagen die Arbeit der EU-Parlamentarier genauer beobachten und ich war begeistert. Hinzu kam die Europawahl im Mai dieses Jahres statt findet. Deshalb habe ich mich dazu entschieden meinen Travail Personnel dem Europäischen Parlament zu widmen. Ich will mich hauptsächlich auf die Strukturen und Prozesse sowie die Aufgaben dieser Institution die alle 500 Millionen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger direkt repräsentiert und zudem die einzige direkt gewählte supranationale Institution der Welt ist.



Die wesentlichen Aufgaben und Rechte des Europäischen Parlaments

Das Gesetzgebungsrecht

Mit dem Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament neue Gesetzgebungszuständigkeiten erhalten. Die überwiegende Mehrheit der gesamten EU-Gesetzgebung wird vom Europäischen Parlament und Rat zusammen im sogenannten „**Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren**“ entschieden, nunmehr auch in den Bereichen Landwirtschaft, Einwanderung und Energiepolitik. Die Gesetzgebung im Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren läuft in groben Zügen folgendermaßen ab: Von der EU-Kommission kommt ein Vorschlag für ein EU-Gesetz, nicht selten basiert dieser auch auf einer Aufforderung des Europäischen Parlaments. Dieser Vorschlag wird im Europäischen Parlament zunächst in den zuständigen Fachausschüssen beraten und gegebenenfalls verändert. Im Plenum wird dann dieser geänderte Gesetzesvorschlag debattiert und über ihn abgestimmt. Der Rat, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten versammelt sind, diskutiert dann den vom Parlament vorgelegten Text (1. Lesung). Ist der Rat nicht mit allen Änderungen des Europäischen Parlaments zufrieden, übermittelt er dem Europäischen Parlament seinen Standpunkt zur weiteren Prüfung (2. Lesung). Ist das Europäische Parlament nicht mit dem Standpunkt des Rates zufrieden, unterbreitet es dem Rat daraufhin einen geänderten Standpunkt. Wird dieser nicht vom Rat akzeptiert, versucht man gemeinsam, eine Einigung im Vermittlungsverfahren herbeizuführen. Erst wenn sich Parlament und Rat einig sind, wird das EU-Gesetz erlassen, ansonsten gilt der Rechtsakt als nicht angenommen. Die Arbeitsweise der EU beruht somit auf dem Grundsatz der repräsentativen Demokratie mit zwei gleichberechtigten Partnern für die Gesetzgebung: dem Europäischen Parlament als Bürgerkammer und dem Rat als Staatenkammer. Dabei hat das Europäische Parlament wiederholt gezeigt, dass es in der Lage ist, verschiedene Standpunkte zu vereinen und wegweisende Kompromisse zu erzielen.

Je nach Thema gibt es weitere besondere Legislativverfahren. Beim **Konsultationsverfahren** muss der Rat zwar das Parlament zum Kommissionsvorschlag anhören, sich dessen Ansichten jedoch nicht zu eigen machen. Dieses Verfahren ist nur auf wenige Bereiche anwendbar, beispielsweise bei Binnenmarktfreistellungen und im Wettbewerbsrecht. Beim Verfahren der Zustimmung kann das Parlament einen Vorschlag zwar billigen oder ablehnen, aber keine Änderungen vorschlagen. Dieses Verfahren kann eingesetzt werden, wenn der Vorschlag die Zustimmung zu einer ausgehandelten internationalen Übereinkunft betrifft. Darüber hinaus gibt es einige wenige Fälle, in denen Rat und Kommission oder Kommission allein einen Rechtsakt erlassen können.

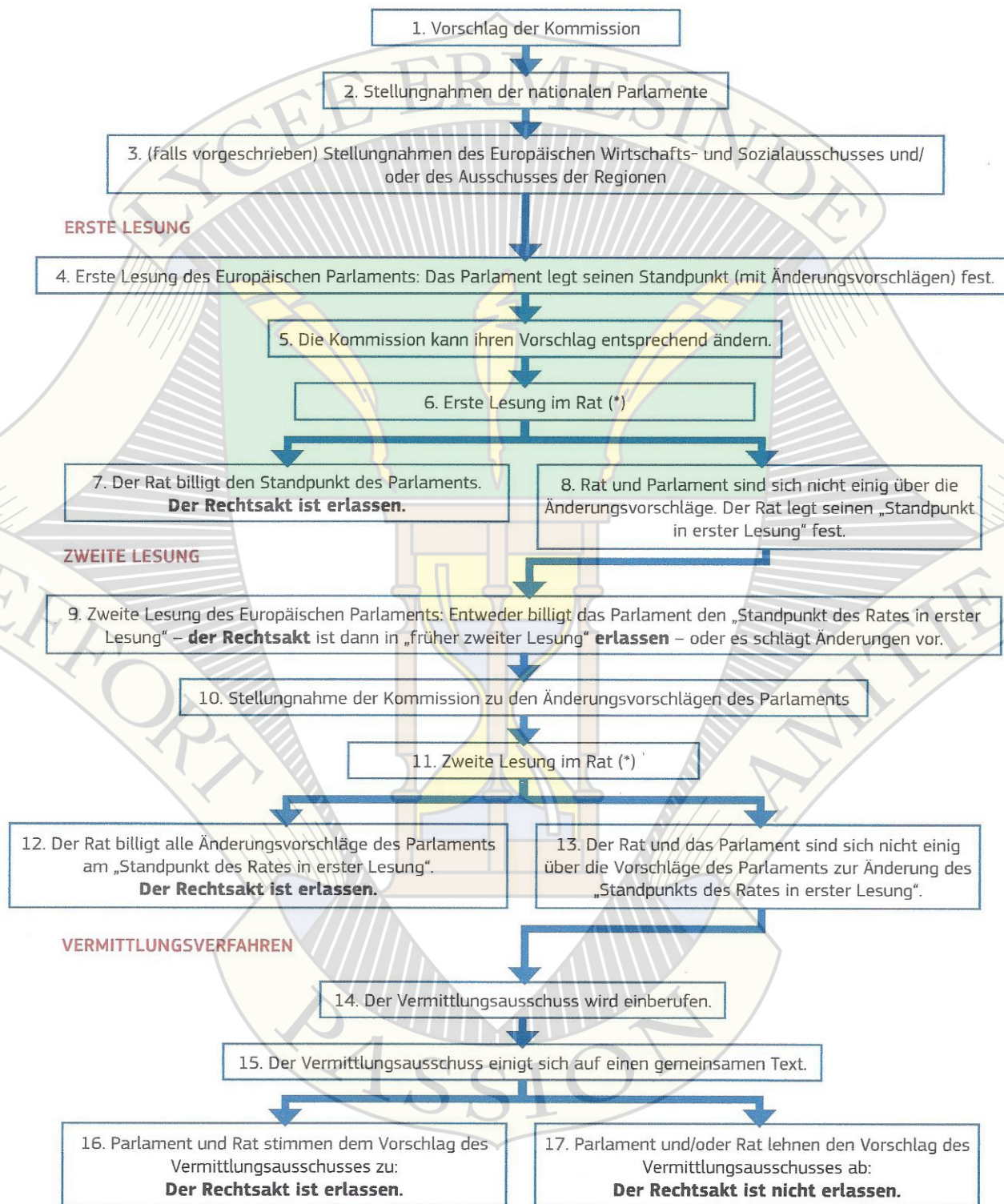
Die Haushaltsbefugnisse

Diese sind die „Königsrechte“ für jedes Parlament. Denn wer über das Geld bestimmt, der hat die Macht, politische Schwerpunkte zu setzen. Diese Macht teilen sich das Europäische Parlament und der Rat. Sie legen einen mehrjährigen Finanzrahmen fest und bewilligen einen jährlichen Haushaltsplan für alle Ausgaben des EU-Budgets. Durch den Vertrag von Lissabon gibt es nur noch ein einheitliches Beschlussverfahren über den Haushalt, in dem Europäisches Parlament und Rat gleichberechtigt die Haushaltsbehörde bilden.

Die parlamentarische Kontrollrechte

Ob in Städten, Regionen, Nationalstaaten oder in der EU auf allen Ebenen kontrollieren gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger die Exekutive, also diejenigen, die Gesetze ausführen und Geld ausgeben. Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments wacht über die korrekte Verwendung der EU-Gelder und stützt sich für seine Arbeit auf den EU-Rechnungshof. Das EP hat die Möglichkeit, einen Misstrauensantrag gegenüber der Europäischen Kommission zu

ORDENTLICHES GESETZGEBUNGSVERFAHREN



(*) Der Rat legt seinen Standpunkt mit qualifizierter Mehrheit fest (Einstimmigkeit ist im Vertrag nur in wenigen Ausnahmefällen vorgesehen). Möchte der Rat jedoch vom Vorschlag oder der Stellungnahme der Kommission abweichen, so muss er seinen Standpunkt einstimmig festlegen.

stellen. Findet ein solcher eine Mehrheit, so müssen alle Kommissare von ihrem Amt zurücktreten. Außerdem debattiert das Europäische Parlament regelmäßig über Entscheidungen und Projekte der Staats- und Regierungschefs. Gezielt können die Europaabgeordneten vermutete Skandale aufklären: Das Parlament kann auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Die parlamentarische Zustimmung

Das Europäische Parlament gewinnt politischen Einfluss auch über Zustimmungsrechte. Durch den Vertrag von Lissabon ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu sehr vielen internationalen Verträgen erforderlich, die zwischen der EU und Drittstaaten geschlossen werden. Neben Assoziierungsabkommen und Beitrittsverträgen mit neuen Mitgliedstaaten gilt dies nun auch für Abkommen zu Sachverhalten, über die innerhalb der Union das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren mitentscheidet oder denen es innerhalb der EU zumindest zustimmen muss.

Die demokratische Legitimation

Das Europäische Parlament spielt eine maßgebliche Rolle bei der Auswahl und Wahl der Kommissarinnen und Kommissare. Das gilt im besonderen Maße bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten, die sich politisch nach dem Ausgang der vorangehenden Europawahl richten soll. Alle Kandidatinnen und Kandidaten für einen Kommissionsposten müssen sich zudem einer Anhörung im Europäischen Parlament stellen und dabei Auskunft über ihre Kompetenzen und politischen Standpunkte geben. Das gesamte Kollegium der EU-Kommission benötigt das Vertrauensvotum des Parlaments, bevor es an die Arbeit gehen kann.



Das Präsidium und die Konferenz der Präsidenten

Das Parlament wählt aus seiner Mitte eine Präsidentin oder einen Präsidenten sowie 14 Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. Seit Januar 2012 ist der deutsche Europaabgeordnete Martin Schulz Präsident des Europäischen Parlaments.

Die Konferenz der Präsidenten, die sich aus dem Parlamentspräsidenten sowie den Vorsitzenden aller Fraktionen zusammensetzt, beschließt unter anderem über die Tagesordnung der Plenartagungen und über die Zusammensetzung der Parlamentsausschüsse.

Martin Schulz

Martin Schulz wurde am 20. Dezember 1955 in Hehlrath, Deutschland, als Sohn eines Polizisten geboren. Von 1966 bis 1974 besuchte er das private katholische Heilig-Geist-Gymnasium der Missionsgesellschaft der Spiritaner im Broichweidener Ortsteil Broich (heute Würselen), das er mit der Mittleren Reife verließ. Er wollte ursprünglich Fußballspieler werden, musste aber aufgrund einer Verletzung seine Karriere vorzeitig beenden und verfiel daraufhin für einige Jahre dem Alkohol. Später absolvierte er eine Lehre zum Buchhändler. In den folgenden fünf Jahren war er bei verschiedenen Verlagen und Buchhandlungen tätig, bis er im Jahre 1982 eine eigene Sortiments- und Verlagsbuchhandlung in Würselen gründete, deren Mitinhaber er bis 1994 war.

Im Jahre 1974 trat Schulz im Alter von 19 Jahren in die SPD ein, engagierte sich bei den Jusos und wurde 1984 in den Würseler Stadtrat gewählt, dem er knapp zwei Wahlperioden bis 1998 angehörte. 1987 wurde Schulz Bürgermeister von Würselen. Mit 31 Jahren war er damals der jüngste Bürgermeister Nordrhein-Westfalens. Dieses Amt hatte er bis 1998 inne.

Im Jahre 1994 wurde Schulz das erste Mal ins Europäische Parlament gewählt, wo er zwischen 2000 und 2004 Vorsitzender der deutschen SPD Landesgruppe war. Seit der Wahl 2004 ist er Fraktionsvorsitzender der S&D.

Am 17. Juni 2012 wurde Martin Schulz bereits im ersten Wahlgang mit der erforderlichen Mehrheit zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

Am 1. März 2014 wurde Martin Schulz auf dem Kongress der Europäischen Sozialisten mit 91,1% der Stimmen zum gemeinsamen Spitzenkandidaten gewählt. Er strebt die Kommissionspräsidentschaft an.

Martin Schulz hat verschiedene Auszeichnungen erhalten wie unter anderem:

- Das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse
- Das Große Goldenes Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich
- Das Offizierskreuz der französischen Ehrenlegion
- Eine Ehrendoktorwürde der Hebräischen Universität Jerusalem
- Den Politikaward als „Politiker des Jahres“ des Magazins *Politik & Kommunikation*



Die Mitglieder des Europäischen Parlaments

Ein Mitglied des Europäischen Parlaments ist ein gewählter Vertreter im Europäischen Parlament. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments vertreten im politischen System der EU die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger.

Ursprünglich wurden die Mitglieder des Europäischen Parlaments durch ihre jeweiligen Herkunftsstaaten bezahlt. In der Regel erhielten die europäischen Parlamentarier dieselben Vergütungen wie ihre Pendants auf nationaler Ebene. Dies führte dazu, dass im Jahr 2004, am Ende der 5. Wahlperiode, ein spanischer Europaparlamentarier 2600 Euro erhielt, während ein Italiener in der gleichen Position mit 11.000 Euro das Vierfache erhielt. Noch größer waren die Unterschiede, wenn man die Saläre der ab Mitte 2004 die zehn neuen osteuropäischen EU-Mitglieder vertretenden Parlamentarier betrachtet: Ihre monatlichen Vergütungen betrugen teilweise nur 800 Euro. Dies ist insofern problematisch, als alle Europaparlamentarier viel Zeit in Brüssel und Strassburg verbringen und entsprechend dem Preisniveau in diesen Städten ähnlich hohe Ausgaben haben. Osteuropäische Abgeordnete sollen deshalb sogar in ihren Büros im Parlamentsgebäude geschlafen haben.

Für die 6. Wahlperiode wurde deshalb vorgeschlagen, dass alle Abgeordneten ein einheitliches Salär von 8.600 Euro monatlich erhalten sollten. Da dies teilweise drastische Erhöhungen bedeutet hätte und osteuropäische Abgeordnete bis zum 25fachen ihrer nationalen Regierungschefs verdient hätten, bildete sich eine starke Opposition, und der Plan scheiterte schließlich. Für die 7. Wahlperiode ab Juli 2009 einigte man sich schließlich auf eine einheitliche Entlohnung der Abgeordneten, jedoch auf einem deutlich niedrigeren Niveau, als dies fünf Jahre zuvor vorgesehen war. Die Einigung, die 2005 zustande kam, sah ursprünglich ein Grundgehalt von rund 7.000 Euro und eine Spesenpauschale von 3.785 Euro vor. Bis zum Inkrafttreten Mitte 2009 erhöhte sich diese Zahl noch, da die Diäten von den Gehältern der Richter am EuGH abhängig sind. Zudem wurde das viel kritisierte Spesenvergütungssystem geändert, welches in der Vergangenheit teilweise zu überhöhten Spesenforderungen geführt hatte. Insbesondere dürfen keine Verwandten mehr als Mitarbeiter beschäftigt werden, und für die Erstattung von Reisekosten muss nun ein Beleg vorgelegt werden, da teilweise Spesen für nicht durchgeführte Reisen erhoben wurden oder der Tarif für teurere Verkehrsmittel beansprucht wurde, obwohl man mit einem günstigeren Verkehrsmittel unterwegs war.

Aktuelle Regelungen

Ein Europaparlamentarier hat gegenwärtig (Stand 2011) die folgenden Ansprüche:

- Ein monatliches Grundgehalt von 7.956,87 EUR brutto, was 38,5 % der Grundbezüge eines Richters am Europäischen Gerichtshof entspricht. Davon ist eine EU-Steuer und ein Unfallversicherungsbeitrag zu leisten, was netto 6.200,72 EUR ergibt.
- Ab dem vollendeten 63. Lebensjahr ein Ruhegehalt von 3,5 % des Gehalts für jedes volle geleistete Amtsjahr, jedoch maximal 70 % des Gehalts.
- Nach Ausscheiden aus dem Parlament ein Übergangsgeld in Höhe der Abgeordnetenentschädigung. „Dieser Anspruch besteht für jedes Jahr der Ausübung des Mandats für einen Monat, mindestens jedoch für sechs und höchstens für 24 Monate.“
- Eine pauschale monatliche Spesenvergütung von 4.299 EUR.
- Die Vergütung der tatsächlich entstandenen Kosten der Reisen zum und vom Ort der

Parlamentssitzungen beziehungsweise 0,50 € pro Kilometer, wenn die Reise im eigenen Fahrzeug absolviert wird.

- Ein Tagegeld von 304 EUR für jeden Tag der Teilnahme an offiziellen Sitzungen der Gremien des Europäischen Parlaments.
- Die Anstellung von Assistenten auf Kosten der EU bis maximal 19.709 EUR monatlich inklusive Spesen. Maximal ein Viertel dieses Betrags kann auch für Dienstleistungen wie Gutachten von externen Anbietern verwendet werden.



Pensionsfonds

Der (private, aber zu zwei Drittel von öffentlichen Geldern finanzierte) Pensionsfonds der Abgeordneten des Parlamentes geriet im Zuge der Finanzkrise ab 2007 durch Fehlspekulationen in ein Defizit von etwa 120 Millionen Euro. Nachdem der private Fonds bereits zweimal durch Steuergelder gerettet wurde, votierte das Europäische Parlament 2009 bei der dritten Rettung und größerer Medienaufmerksamkeit mit einer knappen Mehrheit gegen weitere staatliche Hilfen. Die Entscheidung des Parlaments für mehr Transparenz im Fonds wurde vom damaligen Präsidenten Hans-Gert Pötering (CDU) jedoch verhindert.

Um Interessenskonflikte zu vermeiden, legt Artikel 7 des Direktwahlakts bestimmte Funktionen fest, die die Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht ausüben dürfen. Jeder Mitgliedstaat kann zudem weitere Unvereinbarkeiten für die in ihm gewählten Parlamentarier festlegen. Die europaweiten Unvereinbarkeiten umfassen folgende Ämter:

- Mitglied in einer nationalen Regierung
- Mitglied in einem nationalen Parlament (seit der Europawahl 2004)
- Mitglied der Europäischen Kommission

- Richter, Generalanwalt oder Kanzler am Gerichtshof der Europäischen Union
- Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank
- Mitglied des Europäischen Rechnungshofs
- Europäischer Bürgerbeauftragter
- Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses oder des Ausschusses der Regionen
- Mitglied eines Ausschusses oder Gremiums, das gemäß den Gründungsverträgen Mittel der EU verwaltet oder eine dauerhafte unmittelbare Verwaltungsaufgabe wahrnimmt,
- Verwaltungsrats- oder Direktoriumsmitglied oder Bediensteter der Europäischen Investitionsbank
- aktiver Beamter oder Bediensteter eines Organs der EU oder einer angegliederten Institution

Wenn jemand, der eines dieser Ämter innehat, in das Europäische Parlament gewählt wird, so muss er das Amt vor Aufnahme des Mandats im Parlament abgeben. Eine Sonderregelung gilt für Mitglieder des irischen Parlaments, die bei der Europawahl einen Sitz gewinnen. Diese dürfen bis zur nächsten irischen Parlamentswahl ein Doppelmandat ausüben, jedoch nicht darüber hinaus. Wenn umgekehrt ein Europaabgeordneter eines der genannten Ämter neu aufnehmen will, muss er zuvor auf sein Mandat im Europäischen Parlament verzichten. Dieses geht an einen Nachrücker auf der Wahlliste über, für die er in das Parlament gewählt wurde. Da es insbesondere nicht selten vorkommt, dass Europaabgeordnete in die nationalen Parlamente oder Regierungen ihres jeweiligen Staates gewählt werden, gibt es im Vergleich zu den meisten nationalen Parlamenten im Europäischen Parlament eine recht hohe Mitgliederfluktuation.



Ausschüsse

Oft spezialisieren sich Abgeordnete, um Themen fachkundig behandeln zu können. Sie werden von ihren Fraktionen bzw. der Gruppe der Fraktionslosen in insgesamt zwanzig ständige Ausschüsse und zwei Unterausschüsse entsandt, die für bestimmte Sachbereiche zuständig sind und die Arbeit der Plenarsitzungen vorbereiten.

Zudem hat das Parlament die Möglichkeit, nichtständige Ausschüsse sowie Untersuchungsausschüsse einzurichten. In der Legislaturperiode 2009-2014 gab es einen nichtständigen Ausschuss zur Finanz- und Wirtschaftskrise sowie einen zur Vorbereitung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU ab 2013. Die Vorsitzenden der Ausschüsse bilden zusammen die Konferenz der Ausschussvorsitzenden, die der Konferenz der Präsidenten Vorschläge zur Arbeit der Ausschüsse und zur Aufstellung der Tagesordnung unterbreiten kann.

Die Offiziellen Abkürzungen der Ausschüsse, die in der folgenden Liste aufgeführt sind, gehen im Allgemeinen auf die englische oder französische Bezeichnung zurück.



Abkürzungen	Bezeichnung	Vorsitzende (7. Wahlperiode)
AFET	Auswärtige Angelegenheiten	Gabriele Alberini (EVP)
DEVE	Entwicklung	Eva Joly (Grüne/EFA)
INTA	Internationaler Handel	Vital Moreira (S&D)
BUDG	Haushalt	Alain Lamassoure (EVP)
CONT	Haushaltskontrolle	Michael Theurer (ALDE)
ECON	Wirtschaft und Währung	Sharon Bowles (ALDE)
EMPL	Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	Pervenche Berès (S&D)
ENVI	Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	Matthias Groote (S&D)
ITRE	Industrie, Forschung und Energie	Herbert Reul (EVP)
IMCO	Binnenmarkt und Verbraucherschutz	Malcolm Harbour (ECR)
TRAN	Verkehr und Fremdenverkehr	Brian Simpson (S&D)
REGI	Regionale Entwicklung	Danuta Hübner (EVP)
AGRI	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Paolo De Castro (S&D)
PECH	Fischerei	Carmen Fraga Estévez (EVP)
CULT	Kultur und Bildung	Doris Pack (EVP)
JURI	Recht	Klaus-Heiner Lehne (EVP)

Abkürzungen	Bezeichnung	Vorsitzende (7. Wahlperiode)
LIBE	Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	Juan Fernando López Aguilar (S&D)
AFCO	Konstitutionelle Fragen	Carlo Casini (EVP)
FEMM	Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter	Mikael Gustafsson (GUE-NGL)
PETI	Petitionen	Erminia Mazzoni (EVP)
DROI	Menschenrechte (AFET-Unterausschuss)	Barbara Lochbihler (Grüne/EFA)
SEDE	Sicherheit und Verteidigung (AFET-Unterausschuss)	Arnaud Danjean (EVP)

1. Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik ist sowohl für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als auch für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständig. Andere Aufgaben sind die Beziehungen zu anderen EU-Einrichtungen und Organen, zu internationalen Organisationen wie der UNO sowie zu Drittländern und zu EU-Beitrittskandidaten. Ein weiteres Arbeitsfeld des Ausschusses liegt in Fragen der Menschenrechte, dem Schutz von Minderheiten und der Förderung der Demokratie in anderen Staaten. Sowohl für die Menschenrechtspolitik als auch für die Verteidigungspolitik gibt es einen Unterausschuss, der den Hauptausschuss unterstützt.

2. Entwicklung (DEVE)

Der Ausschuss für Entwicklung befasst sich mit der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Dies betrifft insbesondere den politischen Dialog mit den Entwicklungsländern, die Hilfe für die Entwicklungsländer und die Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Ferner ist er für die Beteiligung des Europäischen Parlaments an Wahlbeobachtungsmissionen in Entwicklungsländern zuständig, wobei er mit den jeweiligen Delegationen des Parlaments zusammenarbeitet.

3. Internationaler Handel (INTA)

Der Ausschuss für internationalen Handel befasst sich mit der Gemeinsamen Handelspolitik der Europäischen Union und mit allen Angelegenheiten ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen. Das umfasst insbesondere die finanziellen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu Drittstaaten, die internationale Normung und die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den internationalen Organisationen, die sich mit Handel beschäftigen, vor allem zur Welthandelsorganisation (WTO). Der Ausschuss arbeitet dabei mit den interparlamentarischen Delegationen des Europäischen Parlaments zusammen.

4. Haushalt (BUDG)

Der Haushaltsausschuss ist zuständig für die finanzielle Vorausschau über die Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union und über deren Eigenmittel. Er befasst sich mit den

Befugnissen des Parlaments bei der Festlegung des jährlichen Haushalts und ihrer dezentralen Einrichtungen, mit den finanziellen Tätigkeiten der Europäischen Investitionsbank und der Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushaltsplan. Außerdem untersucht er die finanziellen Auswirkungen aller Rechtsakte der EU und verfolgt die Ausführung des jeweils laufenden Haushaltsplans.

5. Haushaltskontrolle (CONT)

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle umfasst insgesamt 30 ständige Mitglieder. Der Ausschuss kontrolliert die Ausführung des Budgets der Europäischen Union, untersucht also inwiefern das Geld der Steuerzahler wirtschaftlich, zweckmäßig, wirksam sowie gesetzeskonform eingesetzt wurden. In enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof prüft der Ausschuss die Konten der EU-Institutionen und empfiehlt Verbesserungen um ein solides Finanzmanagement sicherzustellen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Betrugsbekämpfung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten gerichtet.

6. Wirtschaft und Währung (ECON)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung befasst sich mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union, dem freien Zahlungsverkehr, Steuer- und Wettbewerbsfragen, die Pflege von Beziehungen zu einschlägigen Organisationen und Institutionen sowie die Regelung und Überwachung von Finanzinstitutionen und -märkten.

7. Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ist im Rahmen der Arbeitspolitik der Europäischen Union für Fragen der Beschäftigung, der Berufsausbildung sowie für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Rentnern zuständig. Außerdem befasst er sich mit allen Fragen der Sozialpolitik der Europäischen Union. Dies betrifft etwa Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, Maßnahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die Förderung des sozialen Dialogs sowie die Bekämpfung von Diskriminierung am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt – mit Ausnahme der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, für die der Geschlechterausschuss des Parlaments zuständig ist. Außerdem befasst sich der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten mit der Verwendung der Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds und pflegt die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu Einrichtungen wie dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Europäischen Stiftung für Berufsbildung, der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und anderen einschlägigen Institutionen der EU und internationaler Organisationen.

8. Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ist zuständig für die Umweltpolitik, insbesondere für den Klimaschutz, den Kampf gegen Umweltverschmutzung, die nachhaltige Entwicklung, internationale Umweltschutzabkommen, Schutz der Bevölkerung vor Umweltschäden und die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Umweltagentur. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit befasst er sich unter anderem mit

pharmazeutischen und Kosmetikprodukten und mit der gesundheitlichen Vorsorge gegen Bioterrorismus und pflegt die Beziehungen zur Europäischen Arzneimittelagentur und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, den beiden zuständigen Agenturen der Europäischen Kommission. Im Bereich des Lebensmittelrechts beschäftigt sich der Ausschuss insbesondere mit den gesetzlichen Vorschriften bei der Herstellung von Nahrungsmitteln und mit der Verbraucherinformation auf Lebensmitteln.

9. Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ist zuständig für die Industriepolitik der Europäischen Union und setzt sich insbesondere für die Förderung neuer Technologien und kleiner und mittlerer Unternehmen ein. Außerdem befasst er sich mit der Forschungspolitik der Union, insbesondere dem Forschungsrahmenprogramm und den Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle, dem Institut für Referenzmaterialien und Messungen, dem Joint European Torus, dem Versuchsreaktor ITER und anderen Projekten. Auch die Raumfahrtpolitik der EU im Rahmen des EU-ESA-Abkommens fällt unter die Zuständigkeit des Ausschusses.

10. Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ist zuständig für die Harmonisierung der Rechtsetzung in der Europäischen Union im Bereich Binnenmarkt und Zollunion, insbesondere die Warenverkehrsfreiheit einschließlich der Harmonisierung technischer Standards, die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit. Der Binnenmarktausschuss befasst sich mit Maßnahmen zur Identifizierung und Überwindung von Hindernissen für den Binnenmarkt und mit dem Verbraucherschutz.

11. Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN)

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr beschäftigt sich mit der Politik der Europäischen Union in den Bereichen Eisenbahn- und Straßenverkehr, Binnen- und Seeschifffahrt und Luftfahrt. Dies umfasst insbesondere die europaweiten Verkehrsregeln, den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze, die Verkehrssicherheit und die Beziehungen zu internationalen Verkehrsorganisationen. Außerdem ist der Ausschuss für die europaweiten Regelungen für die Postdienste und für den Tourismus in der EU zuständig.

12. Regionale Entwicklung (REGI)

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ist zuständig für die Regional- und Kohäsionspolitik der EU, insbesondere für die Verwendung der Gelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Kohäsionsfonds und den anderen regionalpolitischen Instrumenten der Union; er koordiniert allgemein die verschiedenen Strukturfonds der EU. Außerdem bewertet er die anderen Politiken der Europäischen Union in Bezug auf ihre Auswirkungen auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Regionen und kümmert sich besonders um die Gebiete in der geografischen Peripherie der EU.

13. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ist zuständig für Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union sowie für die EG-Rechtsetzung in den Bereichen Veterinär-, Pflanzenschutz- und Tierschutzrecht, mit Ausnahmen von Fragen, die den Schutz der menschlichen Gesundheit betreffen (für diese ist der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständig). Der Ausschuss befasst sich ferner mit der Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der Versorgung mit Agrarrohstoffen und der Forstwirtschaft.

14. Fischerei (PECH)

Der 37 Mitglieder umfassende Ausschuss für Fischerei ist neben der gemeinsame Fischereipolitik der EU, für die Erhaltung der Fischbestände, der Organisation der gemeinsamen Fischmarktpolitik und für internationale Fischereiabkommen zuständig.

15. Kultur und Bildung (CULT)

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ist zuständig für die Kulturpolitik der Europäischen Union, insbesondere die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, die Erhaltung des kulturellen Erbes und den kulturellen Austausch. Außerdem beschäftigt sich der Ausschuss mit der Bildungspolitik der EU, etwa dem Europäischen Hochschulraum, den Europäischen Schulen und den Programmen für lebenslanges Lernen (etwa das Erasmus-Programm). Darüber hinaus ist der Ausschuss für Informations- und Medienpolitik sowie für Jugendpolitik, Freizeit und Sport zuständig und pflegt die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den internationalen Organisationen, die sich mit Kultur und Bildung befassen.

16. Recht (JURI)

Der Rechtsausschuss befasst sich mit der Auslegung und Anwendung des Völkerrechts und des Europarechts und der Übereinstimmung der Rechtsakte der Europäischen Union mit dem Primärrecht (also dem EU-Vertrag und EG-Vertrag, insbesondere mit der Wahl der Rechtsgrundlagen und dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip). Er achtet auf eine möglichst einfache Kodifizierung des Gemeinschaftsrechts und wahrt die Rechte des Parlaments, etwa bei Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Außerdem ist er unter anderem für die Rechtsetzung in den Bereichen Zivilrecht, Handelsrecht, Gesellschaftsrecht, geistiges Eigentum, und Verfahrensrecht und für die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen (JZZ) zuständig. Er befasst sich mit den Statuten der Europaabgeordneten und des EU-Personals und ist zuständig für Fragen, die die politische Immunität der Europaabgeordneten betreffen.

17. Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ist zuständig für den Schutz der Bürgerrechte, Menschenrechte und Grundrechte in der Europäischen Union, die durch die bestehenden EU-Verträge sowie durch die EU-Grundrechtecharta garantiert werden. Außerdem befasst er sich mit der Gleichstellungspolitik der EU, mit Ausnahme der Gleichstellung der Geschlechter, für die der Geschlechterausschuss zuständig ist, und der Gleichstellung in der Arbeitswelt, die in den Tätigkeitsbereich des Sozialausschusses fällt. Auch der Datenschutz sowie alle Politikfelder des Bereichs Raum der Freiheit, der

Sicherheit und des Rechts (die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen, die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen sowie die flankierenden Maßnahmen zum freien Personenverkehr, zu denen auch die Migrationspolitik gehört) fallen in die Zuständigkeit des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

Der Ausschuss pflegt die Beziehungen des Europäischen Parlaments mit der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Europol, Eurojust, der Europäischen Polizeiakademie (EPA) und anderen Organisationen im Innen- und Justizbereich.

18. Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen behandelt alle Themen, die mit dem institutionellen Gefüge der Europäischen Union zusammenhängen, also etwa die Beteiligung des Europäischen Parlaments an Regierungskonferenzen und am Europäischen Konvent, die Bewertung des EU-Vertrags und die institutionellen Folgen von EU-Erweiterungen. Außerdem pflegt er die Beziehungen des Europaparlaments zu den anderen Institutionen der EU und beschäftigt sich mit Fragen der Geschäftsordnung des Parlaments, der europäischen Parteien und des Wahlverfahrens bei der Europawahl.

19. Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

Zu den Zuständigkeiten des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter gehört die Förderung von Frauenrechten in der Europäischen Union und in Drittländern, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung von Diskriminierung insbesondere in der Arbeitswelt und die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der EU.

20. Petitionen (PETI)

Der Petitionsausschuss beschäftigt sich mit den Petitionen, die an das Europäische Parlament gerichtet werden und arbeitet mit dem Europäischen Bürgerbeauftragten zusammen.

21. Menschenrechte (DROI) (AFET- Unterausschuss)

Der *Unterausschuss für Menschenrechte* (DROI) unterstützt den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten in Fragen zu Menschenrechten, Schutz von Minderheiten und der Förderung demokratischer Werte in Drittländern.

22. Sicherheit und Verteidigung (SEDE) (AFET-Unterausschuss)

Der 2004 gegründete *Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung* (SEDE) unterstützt den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten in seinen Zuständigkeiten in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

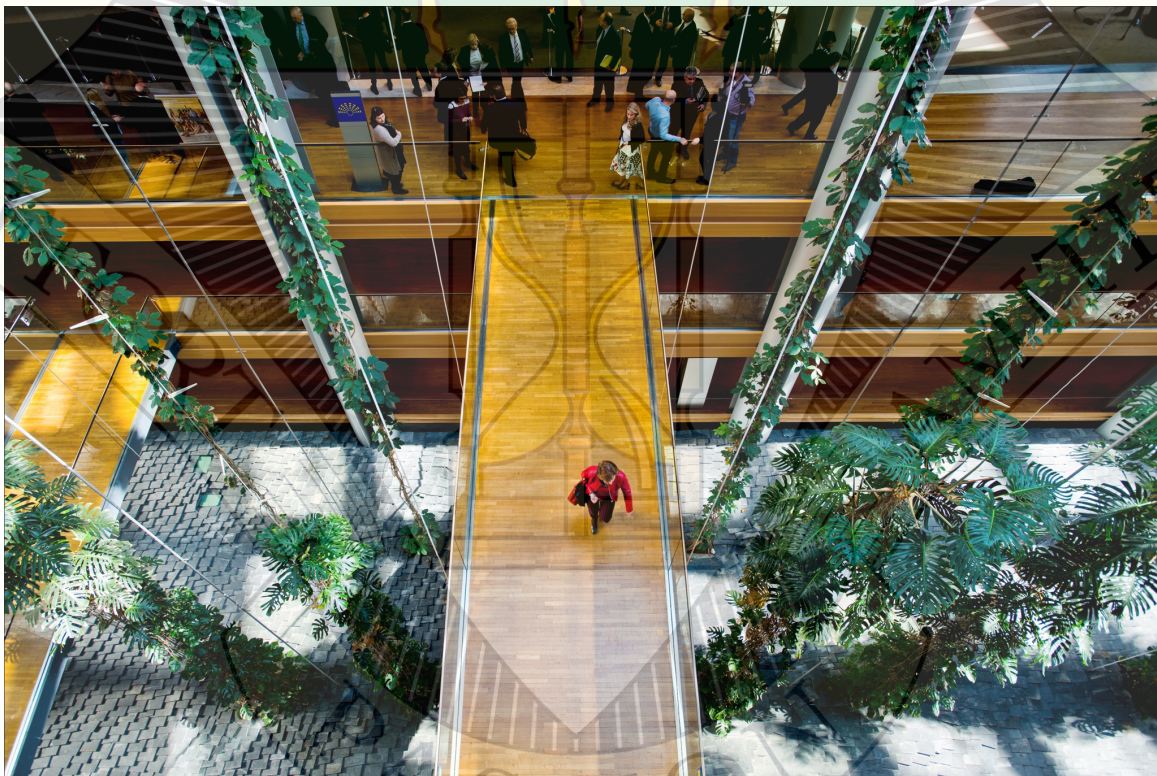
Interparlamentarische Delegationen

Um Beziehungen zu Parlamenten von Drittländern zu unterhalten und mit den Informationsaustausch mit diesen zu befördern, wurden im Europäischen Parlament Delegationen eingerichtet. Interparlamentarische Delegationen werden auf Vorschlag der Konferenz der Präsidenten gebildet. Die interparlamentarischen Treffen finden jeweils einmal im Jahr an einem der Arbeitsorte des Europäischen Parlaments und im jeweiligen Drittland statt.

Eine spezielle Rolle spielen diese Delegationen im Beitrittsprozess eines Bewerberlandes zur Europäischen Union. Dieser wird durch einen Gemischten Parlamentarischen Ausschuss verfolgt, der sich aus einer Delegation des Europäischen Parlaments und einer Delegation aus dem Bewerberland oder aus dem assoziierten Land zusammensetzt. Bei den Treffen unterrichten sich die Mitglieder der Delegationen über ihre Prioritäten und die Umsetzung der Assoziationsabkommen.

Auch bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO ist eine Delegation des Europäischen Parlaments beteiligt.

Im Rahmen der Union für das Mittelmeer nimmt zudem eine Delegation des Europäischen Parlaments an der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung teil.



Informelle Zusammenschlüsse

Neben diesen institutionalisierten Arbeitsformen gibt es auch informelle fraktionenübergreifende Zusammenschlüsse von Europaabgeordneten. Dies sind zum einen die sogenannten interfraktionellen Arbeitsgruppen, die den Austausch zu bestimmten Spezialthemen und den Kontakt mit der Zivilgesellschaft fördern sollen. In der Legislaturperiode 2009–2014 reichen diese vom Thema „Wasser“ über „Tibet“ bis zum „Jakobsweg“. Die interfraktionellen Arbeitsgruppen

erhalten bestimmte, etwa logistische Unterstützungen des Parlaments und müssen deshalb bestimmte Minimalanforderungen erfüllen, die in einer internen Regelung festgehalten sind. Sie sind jedoch anders als die Ausschüsse keine Organe des Parlaments.

Darüber hinaus gibt es auch völlig von der Parlamentsinfrastruktur unabhängige fraktionenübergreifende Zusammenschlüsse von Europaparlamentariern, die bestimmte gemeinsame Positionen vertreten. Hierzu zählt etwa die Spinelli-Gruppe, die sich für den europäischen Föderalismus einsetzt und rund hundert Abgeordnete verschiedener Fraktionen umfasst.

Parlamentsverwaltung und Assistenten der Abgeordneten

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in ihrer Arbeit von der Parlamentsverwaltung unterstützt: Das Generalsekretariat gliedert sich in zehn Generaldirektionen (nicht zu verwechseln mit den Generaldirektionen der Europäischen Kommission!) und den Juristischen Dienst. Es wird geleitet von einem Generalsekretär, seit März 2009 ist das der Deutsche Klaus Welle. Die politiknäheren Generaldirektionen befinden sich mit ihren Mitarbeitern in Brüssel, die übrigen in Luxemburg. Hier arbeiten mit ca. 3500 Mitarbeitern etwas mehr als zwei Drittel der insgesamt ca. 5000 Bediensteten, darunter viele Übersetzer und sitzungsferne Verwaltungsdienste. Sprecher des Europäischen Parlaments ist der Spanier Jaume Duch Guillot.

Neben der Unterstützung durch die Verwaltung haben die Abgeordneten die Möglichkeit, von ihrer monatlichen Sekretariatszulage persönliche Mitarbeiter zu beschäftigen, die im Europäischen Parlament als parlamentarische Assistenten bezeichnet werden. Insgesamt gibt es rund 1400 beim Parlament akkreditierte Assistenten.



Fraktionen des Europäischen Parlaments

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments arbeiten nicht in nationalen Gruppen sondern innerhalb weltanschaulicher Fraktionen. Diese setzen sich aus Abgeordneten mit ähnlichen politischen Ansichten zusammen. Die Fraktionen entsprechen im Wesentlichen den europäischen politischen Parteien, allerdings bilden häufig verschiedene Europaparteien eine gemeinsame Fraktion und in mehreren Fraktionen sind auch parteilose Abgeordnete vertreten. Zur Gründung einer Fraktion sind seit der Europawahl 2009 mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten (also sieben) erforderlich.

Unterhalb der Fraktionsebene organisieren sich die Abgeordneten zudem in sogenannten nationalen Delegationen, die jeweils die Mitglieder einer nationalen Partei umfassen.

Da das Europaparlament – anders als nationale Parlamente – keine Regierung im traditionellen Sinn wählt, ist die Gegenüberstellung von Regierungskoalition und Oppositionsfraktionen hier weniger stark ausgeprägt. Statt Konfrontation werden meist Kompromisslösungen zwischen den großen Parteien gesucht. Dabei dominieren traditionell die beiden größten Fraktionen, die konservativ-christdemokratische EVP und die sozialdemokratische S&D, das Geschehen. Bis 1999 stellten die Sozialdemokraten die größte Fraktion, seither die EVP. Eine einzelne Fraktion hatte bisher noch zu keinem Zeitpunkt eine absolute Mehrheit im Europaparlament, für diese informelle „Große Koalition“ aber gab es stets eine Mehrheit von 50–70%.

Fraktionen im Europaparlament 2009-2014

Seit der Europawahl 2009 existieren folgende Fraktionen im Europäischen Parlament.

Fraktion	Vorsitzender	Gründung	Mitglieder
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (EVP)	Joseph Daul	1952	274
Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)	Hannes Swoboda	1952	196
Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALED)	Guy Verhofstadt	2004	83
Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA)	Rebecca Harms Daniel Cohn-Bendit	1999	57
Europäische Konservative und Reformisten (ECR)	Jan Zahradil	2009	57
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE-NGL)	Gabriele Zimmer	1994	35
Europa der Freiheit und Demokratie (EFD)	Nigel Farage Francesco Speroni	2009	31
Fraktionslose	/	/	33

Die Europawahl 2014

Die Europawahl 2014 war die achte Europawahl. Sie fand vom 22. bis zum 25. Mai 2014 statt. Es handelt sich um die erste Europawahl nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, sodass erstmals die darin vorgesehene Neuverteilung der Sitzzahl pro Land galt.

Entsprechend Art. 10 und 11 des Direktwahlakts fand die Wahl genau fünf Jahre nach der vorangehenden Europawahl in einem Zeitraum zwischen Donnerstag und Sonntag statt. Da die Europawahl 2009 auf den 4. bis 7. Juni 2009 fiel, hätte die Europawahl 2014 zwischen dem 5. und 8. Juni 2014 stattfinden müssen. Durch einen einstimmigen Beschluss des Rats der EU, der mindestens ein Jahr vor dem vorgesehenen Termin getroffen werden muss, konnte das Datum der Wahl um bis zu zwei Monate nach vorn oder einen Monat nach hinten verschoben werden; es musste allerdings auf jeden Fall einen Zeitraum von Donnerstag bis Sonntag umfassen. Das Europäische Parlament hatte den Rat aufgefordert, die Europawahl entweder auf den 15. bis 18. Mai oder auf den 22. bis 25. Mai 2014 vorzuziehen. Am 14. Juni 2013 beschloss der Rat, die Wahlen von 22. bis 25. Mai 2014 abzuhalten.

Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union kann innerhalb dieses Zeitraums selbst festlegen, wann in seinem Land die Wahllokale geöffnet sind. Der genaue Abstimmungstermin folgt daher den jeweiligen Traditionen in den einzelnen Staaten: In Deutschland fand die Wahl am Sonntag, dem 25. Mai 2014, statt, auch in Österreich und anderen Ländern wird üblicherweise sonntags gewählt, in Großbritannien und den Niederlanden hingegen bereits donnerstags.

Der Termin wurde in einigen Ländern auch für andere Wahlen genutzt. So fanden zum Beispiel die Parlamentswahl in Belgien 2014 und die Wahlen zu den Hamburger Bezirksversammlungen per Gesetz parallel zur Europawahl statt. In Teilen Italiens, des Vereinigten Königreichs und Griechenlands fanden Kommunalwahlen statt.

22. Mai	23. Mai	24. Mai	25. Mai
Niederlande, Vereinigtes Königreich	Irland, Tschechien*	Lettland, Malta, Slowakei, Französische Überseegebiete, Tschechien*	Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Litauen, Luxembourg, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowenien, Spanien, Ungarn, Zypern

*In Tschechien wurde sowohl am 23. und am 24. Mai gewählt.

Parteien und Kandidaten

Zu den Europawahlen in den 28 Mitgliedsstaaten treten jeweils nationale Parteien an. Diese haben sich jedoch teilweise zu politischen Parteien auf europäischer Ebene oder Europaparteien zusammengeschlossen. Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon schreibt vor, dass das Europaparlament den (vom europäischen Rat) vorgeschlagenen Präsidenten der Europäischen Kommission wählt. Der europäische Rat muss bei dem Vorschlag das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen. Die großen Europaparteien haben daher angekündigt, vor der Wahl

Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufzustellen. Realistische Chancen wurden nur Jean-Claude Juncker (EVP/EPP/PPE) und Martin Schulz (SPE/PES/PSE) eingeräumt.

Europäische Volkspartei



Die christdemokratische und konservative Europäische Volkspartei (EVP/EPP/PPE) ist die derzeit stimmenstärkste Europapartei im Europaparlament – die Partei EVP hat 248 Abgeordnete, die Fraktion der EVP 274 Mitglieder. Der Kandidat der EVP wurde auf einem Kongress am 6. März in Dublin nominiert. Der ehemalige luxemburgische Premierminister und Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker galt im Vorfeld der Wahl als Favorit. Als weiterer Kandidat trat EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier an. Der ehemalige lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis zog seine Kandidatur am Tag vor der Wahl zurück. Juncker wurde schlussendlich mit 382 Stimmen gewählt. Barnier vereinigte 245 Stimmen auf sich. In Luxemburg tritt die CSV für die EVP an, in Frankreich die UMP.

Sozialdemokratische Partei Europas



Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE/PES/PSE) ist die zweitstärkste Partei auf europäischer Ebene. Im Europaparlament ist sie mit 192 Abgeordneten vertreten, in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) sind 196 Abgeordnete vertreten. Der SPE-Kandidat für den Kommissionspräsidenten ist EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Deutsches Mitglied ist die SPD, luxemburgisches die LSAP.

Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa



Die liberale Partei Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) ist mit derzeit 73 Europaabgeordneten (83 in der ALDE-Fraktion) die drittgrößte Europapartei. Ihre Spitzenkandidaten sind der ALDE-Fraktionsvorsitzende und ehemalige belgische Premierminister Guy Verhofstadt, sowie der Vizepräsident der EU-Kommission Olli Rehn. Luxemburgisches ALDE-Mitglied ist die DP, in Österreich ist es das NEOS.

Europäische Grüne Partei



EUROPEAN
GREEN PARTY

Die Europäische Grüne Partei (EGP) hat derzeit 44 Mitglieder im Europaparlament. In der gemeinsamen Fraktion mit der Europäischen Freien Allianz G/EFA sitzen 57 Parlamentarier. Die Grünen bestimmten ihre zwei Spitzenkandidaten in einer europaweiten Online-Vorwahl. Kandidaten waren José Bové, Rebecca Harms, Monica Frassonni und Ska Keller. Gewählt wurde Ska Keller vor José Bové. Luxemburgisches Mitglied ist Déi Gréng, in Belgien sind sowohl die flamänischen Groen als auch die wallonischen Ecolos Mitglied.

Europäische Linke



Europäische LINKE

Die Partei der Europäischen Linken (EL) hat derzeit 15 Mitglieder im Europaparlament. Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) hat 35 Mitglieder. Beim Treffen des Rates der Parteivorsitzenden der EL am 19. Oktober 2013 in Madrid wurde beschlossen, einen gemeinsamen

Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden der EU-Kommission zu wählen, um zu verhindern, dass „die Kräfte, die verantwortlich für die Krise sind“, ein Monopol während des Wahlkampfes erhalten. Der Rat beschloss auf dem nächsten Parteikongress am 13. bis 15. Dezember 2013 in Madrid, die Kandidatur von Alexis Tsipras vorzuschlagen. In Luxemburg gehen Déi Lénk für die Europäische Linke ins Rennen.

Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten

Die konservative und EU-skeptische Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AEKR) ist derzeit mit 54 Mitgliedern im Europaparlament vertreten, ihre Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (EKR) hat 57 Mitglieder. Die AEKR hat keinen Kandidaten zum Kommissionspräsidenten aufgestellt, da ihrer Meinung nach der Aufstellung von Kandidaten durch Europaparteien öffentliche und rechtliche Legitimität fehle. Die Aufstellung von Spitzenkandidaten würde ein föderales Prinzip unterstellen, welches weder in den Verträgen der EU zu finden sei, noch von der Bevölkerung der Mitgliedstaaten gewünscht sei. Die AEKR wird hauptsächlich von den britischen Konservativen, der polnischen Recht und Gerechtigkeit und der tschechischen Demokratischen Bürgerpartei getragen, in Luxemburg ist die ADR Mitglied.



Europäische Freie Allianz

Die Europäische Freie Allianz (EFA) ist eine europäische politische Partei, die nationale, regionale und autonome Parteien der Europäischen Union umfasst. Die Europäische Freie Allianz hat derzeit sechs Europaparlamentarier. Diese gehören traditionell der Fraktion Grüne/EFA an. Heute sind 35 europäische Regionalparteien Mitglied der EFA. Der EFA gehören keine luxemburgischen Mitglieder an.



Europa der Freiheit und der Demokratie

Die EU-skeptische Bewegung für ein Europa der Freiheit und der Demokratie (MELD) wurde von einem Teil der Mitglieder der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) gegründet. Der MELD gehören 26 Europaparlamentarier an. Die EFD, der auch die britische UKIP angehört, ist die kleinste Fraktion mit 31 Mitgliedern. Der MELD gehören keine luxemburgischen Mitglieder an.



Europäische Piratenpartei

Die Europäische Piratenpartei (PPEU) ist derzeit mit zwei Abgeordneten im Europaparlament vertreten, die sich der Fraktion Grüne/EFA angeschlossen haben. Die PPEU hat die schwedische Europaparlamentarierin Amelia Andersdotter und den Mitgründer von The Pirate Bay Peter Sunde als Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufgestellt. Luxemburgisches Mitglied ist die Piratenpartei.



Europäische Allianz für Freiheit

Die Parteien der rechtspopulistischen Europäische Allianz für Freiheit (EAF) sind derzeit mit sieben fraktionslosen Abgeordneten im Europaparlament vertreten. Die an der EAF beteiligten Parteien, Front National, Freiheitliche



Partei Österreichs, Vlaams Belang und Schwedendemokraten haben angekündigt, mit weiteren Parteien eine Allianz für die Europawahl zu bilden. Mit der niederländischen PVV wurde bereits eine Zusammenarbeit vereinbart. Die Zusammenarbeit mit der Lega Nord soll am 15. April besiegelt werden. Dazu ist man im Gespräch mit vier weiteren Partnern. Die EAF hat erklärt, keinen Kommissionspräsidentenkandidaten aufzustellen. Der EAF gehören keine luxemburgischen Mitglieder an.

Das Wahlergebnis

Am 27. Mai verkündete das Europäische Parlament ein vorläufiges Endergebnis der Wahl. Es gibt die Verteilung der Sitze auf die bisher bestehenden Fraktionen an:

Fraktion	Sitze	Gewinn/Verlust	Prozent der Sitze
Europäische Volkspartei	213	-61	28,4%
Progressive Allianz der Sozialisten & Demokraten	191	-5	25,4
Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	64	-19	8,5%
Die Grünen/Europäische Freie Allianz	52	-3	6,9%
Europäische Konservative und Reformisten	46	-11	6,1%
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke	42	+7	5,6%
Europa der Freiheit und der Demokratie	38	+7	5,1%
Fraktionslose	41	+8	5,5%
Neue Parteien	64	n.a.	8,5%
Gesamt	751	-15*	100%

*Durch den Vertrag von Lissabon wurde die Zahl der Abgeordneten von 766 auf 751 herabgesetzt.

Der Sitz und die Arbeitsorte des Parlaments

Der Sitz des Europäischen Parlaments ist in Straßburg, wo einmal im Monat jeweils eine viertägige Plenarsitzung stattfindet. Die Ausschüsse und Fraktionen tagen in Brüssel, wo zudem auch bis zu sechsmal im Jahr zweitägige Plenartagungen abgehalten werden. Das Generalsekretariat des Parlaments ist in Luxemburg angesiedelt.

Die Vielzahl der Arbeitsorte des Parlaments geht auf seine historische Entwicklung zurück und war von Anfang an umstritten. Die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften sahen vor, dass der Sitz der Institutionen durch einen einstimmigen Beschluss der Außenminister im Rat für Allgemeine Angelegenheiten festgelegt werden sollte. Bei Gründung der EGKS 1951 war zunächst Luxemburg als Sitz aller Institutionen vorgesehen. Dies stellte für die Parlamentarische Versammlung der EGKS, den Vorläufer des Europäischen Parlaments, jedoch ein Problem dar, weil in Luxemburg keine ausreichend großen Räumlichkeiten vorhanden waren. Die Abgeordneten wichen daher auf den Sitzungssaal des Europarates in Straßburg aus.

Nach der Gründung von EWG und Euratom 1957, deren Kommission und Rat in Brüssel tagten, wurde auch ein Teil der parlamentarischen Tätigkeiten nach Brüssel verlagert. Das Europäische Parlament forderte schon 1958 einen einheitlichen Sitz für alle Gemeinschaftsorgane und schlug dafür Brüssel, Straßburg oder Mailand vor. Die Außenminister kamen jedoch zu keiner Einigung, sodass es bei einer provisorischen Lösung mit mehreren Arbeitsorten blieb.

In der Folgezeit wurden die Tätigkeiten des Parlaments immer mehr von Straßburg nach Brüssel verlegt, um es der Kommission und dem Rat näher zu bringen. Durch den Fusionsvertrag 1965 wurden schließlich die drei Gemeinschaften EGKS, EWG und Euratom vereinigt und auch die Sitzungsorte neu verteilt. Da die ehemaligen EGKS-Organen aus Luxemburg nun nicht mehr existierten, beschlossen die Mitgliedstaaten, zur Kompensation die Verwaltung des Europaparlaments nach Luxemburg zu verlegen. Die parlamentarischen Tätigkeiten wurden somit über drei Arbeitsorte verteilt. Die vollständige Aufgabe eines der Standorte wurde von den jeweiligen nationalen Regierungen dieser Länder blockiert.

Nach jahrelangen Konflikten zwischen Belgien und Frankreich fiel 1992 auf dem Gipfel von Edinburgh die Entscheidung, in Straßburg als offiziellem Sitz des Parlaments zwölf Plenarsitzungen pro Jahr stattfinden zu lassen, während die Ausschuss- und Fraktionssitzungen nach Brüssel verlegt würden. Diese Einigung wurde dann 1997 im Vertrag von Amsterdam festgeschrieben. 1999 wurde in Straßburg ein neuer Plenarsaal des Parlaments fertiggestellt. Im Regelfall verbringen die Abgeordneten, die parlamentarischen Mitarbeiter sowie die Beamten des Parlaments von Montag bis Donnerstag der jeweiligen Plenarsitzungswoche ihre Zeit in Straßburg.

Kritik an den Arbeitsorten

Wegen der finanziellen und ökologischen Kosten, die das „Pendeln“ der Parlamentarier zwischen den verschiedenen Arbeitsorten hat, leben die Diskussionen darüber jedoch immer wieder auf. Seit 2006 versuchten Abgeordnete durch öffentliche Initiativen, den Sitz nach Brüssel zu verlegen. Bekanntestes Beispiel dafür ist die von der ehemaligen schwedischen Abgeordneten und derzeitigen Kommissarin Cecilia Malmström geführte Kampagne *oneseat.eu*. Einer Studie zufolge sind 91 % der Europaparlamentarier für Brüssel als einzigen Sitz. Eine fraktionenübergreifende Arbeitsgruppe arbeitet an verschiedenen Vorschlägen, um einen Kompromiss mit Frankreich zu finden, und schlug etwa vor, andere europäische Institutionen wie den Europäischen Rat oder den Europäischen Gerichtshof nach Straßburg zu verlagern. Andere Abgeordnete, etwa Bernd Posselt und die von ihm unterstützte „Kampagne für die Europäische Demokratie“, sprachen sich für eine Verstärkung der Arbeit des Parlaments am Sitz Straßburg aus.

Die Kosten für den Erhalt der drei Arbeitsorte wurden durch Rationalisierungsmaßnahmen zwischen 2002 und 2007 von 203 Millionen auf 155 Millionen Euro gesenkt. Die Reisekosten für Assistenten und Beamte von und nach Straßburg betrugen im Jahr 2011 22,6 Millionen Euro. Dazu kommen Zeitverluste. Ein geleaktes Dokument des Europäischen Parlaments kommt zu dem Schluss, dass jährlich fast 70.000 Arbeitstage durch Reisen von und nach Straßburg verloren gehen.

Nach einem Bericht der *Neuen Zürcher Zeitung* werden die Reise-Kosten in einem Bericht des EU-Parlaments aktuell (2013) auf etwa 200 Millionen Euro geschätzt, was etwa 10 % des Gesamtbudgets des Parlaments entspricht. Es werden 5000 Personen monatlich transportiert, sowie allein acht LKWs mit Akten. Der dadurch entstehende CO₂-Ausstoß wird auf 19.000 Tonnen pro Jahr geschätzt. Obwohl das Gebäude in Straßburg nur 42 Tage im Jahr genutzt wird, muss es das ganze Jahr über beheizt werden. Das ständige Pendeln zwischen Brüssel und Straßburg sei „zu einem negativen Symbol der EU geworden“.



Die Europäische Bürgerinitiative

Traditionell werden Gesetzesvorschläge von der EU-Kommission eingereicht, da ihr als Hüterin der Verträge dieses Recht alleinig zusteht. Jedoch kann das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Kommission auffordern, spezifische Vorschläge für die Gesetzgebung vorzulegen. Durch den Vertrag von Lissabon wurde dieses Recht auch direkt auf die Bürgerinnen und Bürger der EU übertragen.

Seit dem 1. April 2012 können somit 1 Million Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in einer Europäischen Bürgerinitiative zusammen die Kommission auffordern geeignete Vorschläge für Rechtsakte vorzulegen.

Sowohl die Organisatoren als auch die Unterstützer der Bürgerinitiative müssen das nötige Mindestalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament haben. Zum Start einer Bürgerinitiative müssen zunächst mindestens 7 Unionsbürgerinnen oder -bürger, die in mindestens 7 verschiedenen Mitgliedstaaten leben, einen sogenannten Bürgerausschuss bilden, der die Bürgerinitiative organisiert und begleitet. Organisationen können keine Bürgerinitiative leiten, sie aber unterstützen.

Wenn die Bürgerinitiative bei der Kommission registriert ist, hat der Bürgerausschuss 1 Jahr Zeit, eine Million Unterstützungsbekundungen von Unionsbürgerinnen und -bürgern in mindestens 7 Mitgliedstaaten zu sammeln. In den mindestens sieben Mitgliedstaaten muss jeweils eine Mindestzahl an Unterzeichnern gefunden werden: Es wurde festgelegt, dass die Staaten zählen in denen je Europaabgeordneter mindestens 750 Unterschriften vorgelegt werden. Luxemburg zählt also dann, wenn dort mindestens 6 mal 750, also 4500 gültige Unterschriften geleistet werden.

Sobald die nötige Anzahl an Stimmen gesammelt wurde, müssen die zuständigen nationalen Behörden in allen Mitgliedstaaten, aus denen die Unterschriften stammen, die Zahl der gültigen Unterstützungsbekundungen für das jeweilige Mitgliedsland bescheinigen.

Ist die Anzahl erforderlicher Unterschriften erreicht, kann die Europäische Bürgerinitiative der Kommission vorgelegt werden. In den folgenden drei Monaten treffen sich die Organisatoren mit Vertreterinnen und Vertreter der Kommission zusammen, welche die Initiative prüfen werden. Die Organisatoren können auch in einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament ihre Initiative präsentieren. Innerhalb der Dreimonatsfrist erklärt die Kommission, welche Maßnahmen sie treffen wird und warum. Gegebenenfalls beschließt die Kommission, als Antwort auf die Europäische Bürgerinitiative einen neuen Rechtsakt vorzuschlagen.



Schlussfolgerung

In meinem Travail Personnel habe ich mich hauptsächlich mit dem Aufbau und den Aufgaben des Europäischen Parlaments beschäftigt, da ich in diesen Bereichen am wenigsten wusste und so meinen Travail Personnel optimal nutzen konnte um mein Wissen auszubauen.

Das Wahlergebnis dieser Europawahl enttäuscht mich jedoch sehr, da euroskeptische und rechtsradikale Parteien sehr viel hinzu gewonnen haben. Ich verstehe diese Menschen nicht da wir alle eigentlich nur von der EU profitieren und das Europäische Parlament die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zum Teil besser repräsentiert als ihre nationalen Staats- und Regierungschefs und ja es gibt Reformbedarf aber die Reformen sollten eher das Parlament stärken als den Rat und somit die Regierungschefs.



Quellen

- Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Kommission: So funktioniert die Europäische Union, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013
- Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments: Willkommen beim Europäischen Parlament, Amt für Veröffentlichungen, 2012
- Büro zur Förderung der parlamentarischen Demokratie: L'éthique parlementaire, une question de confiance, Büro zur Förderung der parlamentarischen Demokratie, 2011
- Büro zur Förderung der parlamentarischen Demokratie, Règles de procédure parlementaire, aperçu, Büro zur Förderung der parlamentarischen Demokratie, 2010
- Büro zur Förderung der parlamentarischen Demokratie: A guide to its parliamentary and administrative structures, Büro zur Förderung der parlamentarischen Demokratie, 2012
- Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Berlin und München: Europa 2013, Europäisches Parlament, Informationsbüros in Deutschland, 2013
- Europäisches Parlament, http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Europ%C3%A4isches_Parlament&oldid=131243253, 14.06.2014
- Vertrag von Lissabon, http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Europ%C3%A4isches_Parlament&oldid=131243253, 14.06.2014
- Martin Schulz, http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Martin_Schulz&oldid=130847077, 14.06.2014
- Fraktionen im Europäischen Parlament, http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Fraktion_im_Europ%C3%A4ischen_Parlament&oldid=131267377, 14.06.2014
- Europawahl 2014, http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Europawahl_2014&oldid=131313433, 14.06.2014
- Ergebnisse der Europawahl 2014, <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2014.html>, 14.06.2014
- Europawahl 2014, <http://www.elections2014.eu/>, 14.06.2014